



**Bund der Steuerzahler
Deutschland e.V.**

Bund der Steuerzahler Deutschland e. V. * Reinhardtstraße 52 * 10117 Berlin

Reinhardtstraße 52
10117 Berlin

Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschland
Generalsekretär der CDU
Herrn Dr. Peter Tauber MdB
Klingelhöferstraße 8
10785 Berlin

Telefon: 030-259396-0
Telefax: 030-259396-25
info@steuerzahler.de
www.steuerzahler.de

Berlin, im November 2016
MW/GF

Wettbewerbsfeindlicher Rechtsrahmen belastet Privatwirtschaft und Steuerzahler

Sehr geehrter Herr Dr. Tauber,

in einer sozialen Marktwirtschaft brauchen wir einen Staat, der eine „Schiedsrichter-Funktion“ wahrnimmt und eine verlässliche Rahmenordnung für unternehmerische Tätigkeiten schafft. Diese Situation haben wir aber längst nicht mehr. In der Praxis ist der Staat nicht nur Schiedsrichter, sondern Mitspieler. Als Unternehmer agiert er zunehmend in Bereichen, in denen das gar nicht nötig ist.

Allein auf kommunaler Ebene hat sich die Anzahl der öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen in den letzten zehn Jahren um 25 Prozent auf über 13.500 erhöht – Tendenz steigend. Aber auch auf Ebene des Bundes und der Länder gibt es knapp 2.000 Unternehmen, die nichts mehr mit der sogenannten „Daseinsvorsorge“ zu tun haben und mit der Privatwirtschaft um Marktanteile konkurrieren.

Eine wesentliche Ursache sehen wir in der Rahmengesetzgebung. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Gesetze verabschiedet und Novellen angestoßen, die die Spielregeln des freien Wettbewerbs aushebeln und die Grenzen staatlicher Wirtschaftstätigkeit zu Lasten der Privatwirtschaft verschoben haben. Dabei sind viele öffentliche Unternehmen wirtschaftlich nicht rentabel und werden jahrelang mit Hilfe von Steuergeld künstlich am Leben gehalten. Leidtragende sind dann die Steuer- und Gebührenzahler.



BDWi
Bundesverband der
Dienstleistungswirtschaft



BDSV
Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling-
und Entsorgungsunternehmen e.V.



BDE
Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-,
Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V.
Wirtschafts- und Arbeitgeberverband

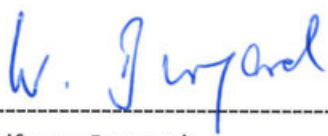


BdB
Bund deutscher
Baumschulen e.V.

Mit unserem Empfehlungskatalog ist der Appell verbunden, dass Sie sich in Ihrem Wahlprogramm zu fairen Wettbewerbsbedingungen bekennen und der Entgrenzung staatlicher Betätigungen eine klare Absage erteilen. Lassen Sie uns wieder zu mehr sozialer Marktwirtschaft zurückkehren!

Für Nachfragen stehen wir gern zu Verfügung.


Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Burgard
Geschäftsführer des Bundes
Getränkeverpackungen der Zukunft GbR



Dr. Rainer Cosson
Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung
Deutscher Stahlrecycling- und
Entsorgungsunternehmen e. V.




Marie-Luise Dött
Bundesvorsitzende des Bundes Katholischer
Unternehmer e. V.



Marcus Guhl
Hauptgeschäftsführer des Bundes deutscher
Baumschulen e. V.



Michael H. Heinz
Präsident des Bundesverbandes der
Dienstleistungswirtschaft e. V.



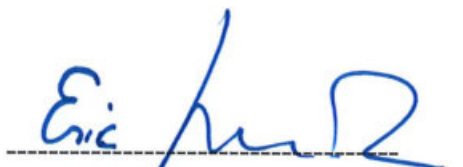
Carsten Henselek
Vizepräsident des Bundesverbandes Garten-,
Landschafts- und Sportplatzbau e. V.



Reiner Holznagel
Präsident des Bundes der Steuerzahler
Deutschland e. V.



Peter Kurth
Präsident des Bundesverbandes der
Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und
Rohstoffwirtschaft e. V.



Eric Rehbock
Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes
Sekundärrohstoffe und Entsorgung e. V.

Anlage: „Maßnahmen zur Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand“





Bund der Steuerzahler Deutschland e. V. * Reinhardtstraße 52 * 10117 Berlin

CSU-Landesleitung
Generalsekretär der CSU
Herrn Andreas Scheuer
Mies-van-der-Rohe-Str. 1
80807 München

Reinhardtstraße 52
10117 Berlin

Telefon: 030-259396-0
Telefax: 030-259396-25
info@steuerzahler.de
www.steuerzahler.de

Berlin, im November 2016
MW/GF

Wettbewerbsfeindlicher Rechtsrahmen belastet Privatwirtschaft und Steuerzahler

Sehr geehrter Herr Scheuer,

in einer sozialen Marktwirtschaft brauchen wir einen Staat, der eine „Schiedsrichter-Funktion“ wahrnimmt und eine verlässliche Rahmenordnung für unternehmerische Tätigkeiten schafft. Diese Situation haben wir aber längst nicht mehr. In der Praxis ist der Staat nicht nur Schiedsrichter, sondern Mitspieler. Als Unternehmer agiert er zunehmend in Bereichen, in denen das gar nicht nötig ist.

Allein auf kommunaler Ebene hat sich die Anzahl der öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen in den letzten zehn Jahren um 25 Prozent auf über 13.500 erhöht – Tendenz steigend. Aber auch auf Ebene des Bundes und der Länder gibt es knapp 2.000 Unternehmen, die nichts mehr mit der sogenannten „Daseinsvorsorge“ zu tun haben und mit der Privatwirtschaft um Marktanteile konkurrieren.

Eine wesentliche Ursache sehen wir in der Rahmengesetzgebung. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Gesetze verabschiedet und Novellen angestoßen, die die Spielregeln des freien Wettbewerbs aushebeln und die Grenzen staatlicher Wirtschaftstätigkeit zu Lasten der Privatwirtschaft verschoben haben. Dabei sind viele öffentliche Unternehmen wirtschaftlich nicht rentabel und werden jahrelang mit Hilfe von Steuergeld künstlich am Leben gehalten. Leidtragende sind dann die Steuer- und Gebührenzahler.



Das Experten für
Garten & Landschaft



Bund Katholischer Unternehmer e.V.



Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling-
und Entsorgungsunternehmen e.V.



Bundesverband Sekundärrohstoffe
und Entsorgung e.V.



Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-,
Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V.
Wirtschafts- und Arbeitgeberverband



Bund
Getränkeverpackungen
der Zukunft



Bund deutscher
Baumschulen e.V.

Mit unserem Empfehlungskatalog ist der Appell verbunden, dass Sie sich in Ihrem Wahlprogramm zu fairen Wettbewerbsbedingungen bekennen und der Entgrenzung staatlicher Betätigungen eine klare Absage erteilen. Lassen Sie uns wieder zu mehr sozialer Marktwirtschaft zurückkehren!

Für Nachfragen stehen wir gern zu Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Burgard
Geschäftsführer des Bundes
Getränkeverpackungen der Zukunft GbR



Dr. Rainer Cosson
Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung
Deutscher Stahlrecycling- und
Entsorgungsunternehmen e. V.

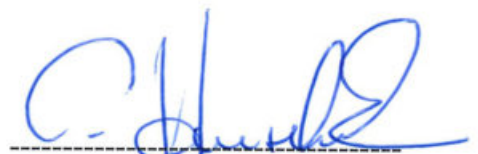
Marie-Luise Dött
Bundesvorsitzende des Bundes Katholischer
Unternehmer e. V.



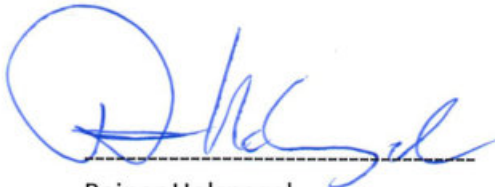
Marcus Guhl
Hauptgeschäftsführer des Bundes deutscher
Baumschulen e. V.



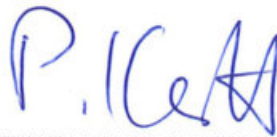
Michael H. Heinz
Präsident des Bundesverbandes der
Dienstleistungswirtschaft e. V.



Carsten Henselek
Vizepräsident des Bundesverbandes Garten-,
Landschafts- und Sportplatzbau e. V.



Reiner Holznagel
Präsident des Bundes der Steuerzahler
Deutschland e. V.



Peter Kurth
Präsident des Bundesverbandes der
Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und
Rohstoffwirtschaft e. V.



Eric Rehbock
Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes
Sekundärrohstoffe und Entsorgung e. V.

Anlage: „Maßnahmen zur Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand“



BDWi
Bundesverband der
Dienstleistungswirtschaft



BDSV
Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling-
und Entsorgungsunternehmen e. V.



BDE
Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-,
Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V.
Wirtschafts- und Arbeitgeberverband



BdB
Bund deutscher
Baumschulen e. V.



**Bund der Steuerzahler
Deutschland e.V.**

Bund der Steuerzahler Deutschland e. V. * Reinhardtstraße 52 * 10117 Berlin

SPD-Parteivorstand
Generalsekretärin der SPD
Frau Dr. Katarina Barley
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

Reinhardtstraße 52
10117 Berlin

Telefon: 030-259396-0
Telefax: 030-259396-25
info@steuerzahler.de
www.steuerzahler.de

Berlin, im November 2016
MW/GF

Wettbewerbsfeindlicher Rechtsrahmen belastet Privatwirtschaft und Steuerzahler

Sehr geehrte Frau Dr. Barley,

in einer sozialen Marktwirtschaft brauchen wir einen Staat, der eine „Schiedsrichter-Funktion“ wahrnimmt und eine verlässliche Rahmenordnung für unternehmerische Tätigkeiten schafft. Diese Situation haben wir aber längst nicht mehr. In der Praxis ist der Staat nicht nur Schiedsrichter, sondern Mitspieler. Als Unternehmer agiert er zunehmend in Bereichen, in denen das gar nicht nötig ist.

Allein auf kommunaler Ebene hat sich die Anzahl der öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen in den letzten zehn Jahren um 25 Prozent auf über 13.500 erhöht – Tendenz steigend. Aber auch auf Ebene des Bundes und der Länder gibt es knapp 2.000 Unternehmen, die nichts mehr mit der sogenannten „Daseinsvorsorge“ zu tun haben und mit der Privatwirtschaft um Marktanteile konkurrieren.

Eine wesentliche Ursache sehen wir in der Rahmengesetzgebung. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Gesetze verabschiedet und Novellen angestoßen, die die Spielregeln des freien Wettbewerbs aushebeln und die Grenzen staatlicher Wirtschaftstätigkeit zu Lasten der Privatwirtschaft verschoben haben. Dabei sind viele öffentliche Unternehmen wirtschaftlich nicht rentabel und werden jahrelang mit Hilfe von Steuergeld künstlich am Leben gehalten. Leidtragende sind dann die Steuer- und Gebührenzahler.



BDWi
Bundesverband der
Dienstleistungswirtschaft



BDSV
Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling-
und Entsorgungsunternehmen e.V.



BDE
Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-,
Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V.
Wirtschafts- und Arbeitgeberverband



BdB
Bund deutscher
Baumschulen e.V.

Mit unserem Empfehlungskatalog ist der Appell verbunden, dass Sie sich in Ihrem Wahlprogramm zu fairen Wettbewerbsbedingungen bekennen und der Entgrenzung staatlicher Betätigungen eine klare Absage erteilen. Lassen Sie uns wieder zu mehr sozialer Marktwirtschaft zurückkehren!

Für Nachfragen stehen wir gern zu Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Burgard
Geschäftsführer des Bundes
Getränkeverpackungen der Zukunft GbR



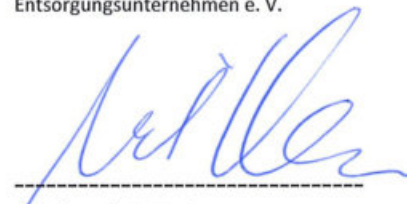
Dr. Rainer Cosson
Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung
Deutscher Stahlrecycling- und
Entsorgungsunternehmen e. V.



Marie-Luise Dött
Bundesvorsitzende des Bundes Katholischer
Unternehmer e. V.



Marcus Guhl
Hauptgeschäftsführer des Bundes deutscher
Baumschulen e. V.



Michael H. Heinz
Präsident des Bundesverbandes der
Dienstleistungswirtschaft e. V.



Carsten Henselek
Vizepräsident des Bundesverbandes Garten-,
Landschafts- und Sportplatzbau e. V.



Reiner Holzengel
Präsident des Bundes der Steuerzahler
Deutschland e. V.



Peter Kurth
Präsident des Bundesverbandes der
Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und
Rohstoffwirtschaft e. V.



Eric Rehbock
Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes
Sekundärrohstoffe und Entsorgung e. V.

Anlage: „Maßnahmen zur Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand“





**Bund der Steuerzahler
Deutschland e.V.**

Bund der Steuerzahler Deutschland e. V. * Reinhardtstraße 52 * 10117 Berlin

FDP-Bundesgeschäftsstelle
Generalsekretärin der FDP
Frau Nicola Beer
Reinhardtstraße 14
10117 Berlin

Reinhardtstraße 52
10117 Berlin

Telefon: 030-259396-0
Telefax: 030-259396-25
info@steuerzahler.de
www.steuerzahler.de

Berlin, im November 2016
MW/GF

Wettbewerbsfeindlicher Rechtsrahmen belastet Privatwirtschaft und Steuerzahler

Sehr geehrte Frau Beer,

in einer sozialen Marktwirtschaft brauchen wir einen Staat, der eine „Schiedsrichter-Funktion“ wahrnimmt und eine verlässliche Rahmenordnung für unternehmerische Tätigkeiten schafft. Diese Situation haben wir aber längst nicht mehr. In der Praxis ist der Staat nicht nur Schiedsrichter, sondern Mitspieler. Als Unternehmer agiert er zunehmend in Bereichen, in denen das gar nicht nötig ist.

Allein auf kommunaler Ebene hat sich die Anzahl der öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen in den letzten zehn Jahren um 25 Prozent auf über 13.500 erhöht – Tendenz steigend. Aber auch auf Ebene des Bundes und der Länder gibt es knapp 2.000 Unternehmen, die nichts mehr mit der sogenannten „Daseinsvorsorge“ zu tun haben und mit der Privatwirtschaft um Marktanteile konkurrieren.

Eine wesentliche Ursache sehen wir in der Rahmengesetzgebung. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Gesetze verabschiedet und Novellen angestoßen, die die Spielregeln des freien Wettbewerbs aushebeln und die Grenzen staatlicher Wirtschaftstätigkeit zu Lasten der Privatwirtschaft verschoben haben. Dabei sind viele öffentliche Unternehmen wirtschaftlich nicht rentabel und werden jahrelang mit Hilfe von Steuergeld künstlich am Leben gehalten. Leidtragende sind dann die Steuer- und Gebührenzahler.



BDWi
Bundesverband der
Dienstleistungswirtschaft



BDSV
Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling-
und Entsorgungsunternehmen e.V.



BDE
Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-,
Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V.
Wirtschafts- und Arbeitgeberverband

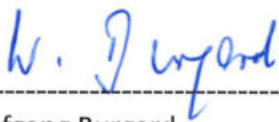


BdB
Bund deutscher
Baumschulen e.V.

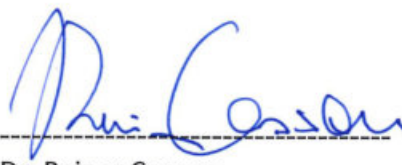
Mit unserem Empfehlungskatalog ist der Appell verbunden, dass Sie sich in Ihrem Wahlprogramm zu fairen Wettbewerbsbedingungen bekennen und der Entgrenzung staatlicher Betätigungen eine klare Absage erteilen. Lassen Sie uns wieder zu mehr sozialer Marktwirtschaft zurückkehren!

Für Nachfragen stehen wir gern zu Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Burgard
Geschäftsführer des Bundes
Getränkeverpackungen der Zukunft GbR



Dr. Rainer Cosson
Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung
Deutscher Stahlrecycling- und
Entsorgungsunternehmen e. V.



Marie-Luise Dött
Bundesvorsitzende des Bundes Katholischer
Unternehmer e. V.



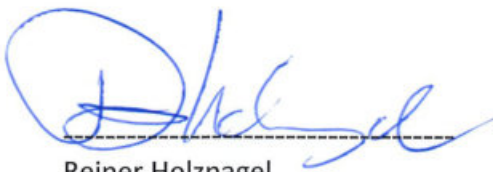
Marcus Guhl
Hauptgeschäftsführer des Bundes deutscher
Baumschulen e. V.



Michael H. Heinz
Präsident des Bundesverbandes der
Dienstleistungswirtschaft e. V.



Carsten Henselek
Vizepräsident des Bundesverbandes Garten-,
Landschafts- und Sportplatzbau e. V.



Reiner Holznagel
Präsident des Bundes der Steuerzahler
Deutschland e. V.



Peter Kurth
Präsident des Bundesverbandes der
Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und
Rohstoffwirtschaft e. V.



Eric Rehbock
Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes
Sekundärrohstoffe und Entsorgung e. V.

Anlage: „Maßnahmen zur Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand“





**Bund der Steuerzahler
Deutschland e.V.**

Bund der Steuerzahler Deutschland e. V. * Reinhardtstraße 52 * 10117 Berlin

Bundesgeschäftsstelle AfD
Schillstraße 9
10785 Berlin

Reinhardtstraße 52
10117 Berlin

Telefon: 030-259396-0
Telefax: 030-259396-25
info@steuerzahler.de
www.steuerzahler.de

Berlin, im November 2016
MW/GF

Wettbewerbsfeindlicher Rechtsrahmen belastet Privatwirtschaft und Steuerzahler

Sehr geehrte Damen und Herren,

in einer sozialen Marktwirtschaft brauchen wir einen Staat, der eine „Schiedsrichter-Funktion“ wahrnimmt und eine verlässliche Rahmenordnung für unternehmerische Tätigkeiten schafft. Diese Situation haben wir aber längst nicht mehr. In der Praxis ist der Staat nicht nur Schiedsrichter, sondern Mitspieler. Als Unternehmer agiert er zunehmend in Bereichen, in denen das gar nicht nötig ist.

Allein auf kommunaler Ebene hat sich die Anzahl der öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen in den letzten zehn Jahren um 25 Prozent auf über 13.500 erhöht – Tendenz steigend. Aber auch auf Ebene des Bundes und der Länder gibt es knapp 2.000 Unternehmen, die nichts mehr mit der sogenannten „Daseinsvorsorge“ zu tun haben und mit der Privatwirtschaft um Marktanteile konkurrieren.

Eine wesentliche Ursache sehen wir in der Rahmengesetzgebung. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Gesetze verabschiedet und Novellen angestoßen, die die Spielregeln des freien Wettbewerbs aushebeln und die Grenzen staatlicher Wirtschaftstätigkeit zu Lasten der Privatwirtschaft verschoben haben. Dabei sind viele öffentliche Unternehmen wirtschaftlich nicht rentabel und werden jahrelang mit Hilfe von Steuergeld künstlich am Leben gehalten. Leidtragende sind dann die Steuer- und Gebührenzahler.



BDWi
Bundesverband der
Dienstleistungswirtschaft



BDSV
Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling-
und Entsorgungsunternehmen e.V.



BDE
Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-,
Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V.
Wirtschafts- und Arbeitgeberverband



BdB
Bund deutscher
Baumschulen e.V.


Mit unserem Empfehlungskatalog ist der Appell verbunden, dass Sie sich in Ihrem Wahlprogramm zu fairen Wettbewerbsbedingungen bekennen und der Entgrenzung staatlicher Betätigungen eine klare Absage erteilen. Lassen Sie uns wieder zu mehr sozialer Marktwirtschaft zurückkehren!

Für Nachfragen stehen wir gern zu Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Burgard
Geschäftsführer des Bundes
Getränkeverpackungen der Zukunft GbR



Dr. Rainer Cosson
Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung
Deutscher Stahlrecycling- und
Entsorgungsunternehmen e. V.



Marie-Luise Dött
Bundesvorsitzende des Bundes Katholischer
Unternehmer e. V.



Marcus Guhl
Hauptgeschäftsführer des Bundes deutscher
Baumschulen e. V.



Michael H. Heinz
Präsident des Bundesverbandes der
Dienstleistungswirtschaft e. V.



Carsten Henselek
Vizepräsident des Bundesverbandes Garten-,
Landschafts- und Sportplatzbau e. V.



Reiner Holzengel
Präsident des Bundes der Steuerzahler
Deutschland e. V.



Peter Kurth
Präsident des Bundesverbandes der
Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und
Rohstoffwirtschaft e. V.



Eric Rehbock
Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes
Sekundärrohstoffe und Entsorgung e. V.

Anlage: „Maßnahmen zur Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand“



BDWi
Bundesverband der
Dienstleistungswirtschaft



BDSV
Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling-
und Entsorgungsunternehmen e. V.



BDE
Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-,
Wasser- und Rohstoffwirtschaft e. V.
Wirtschafts- und Arbeitgeberverband



BdB
Bund deutscher
Baumschulen e. V.

Bund der Steuerzahler Deutschland e. V. * Reinhardtstraße 52 * 10117 Berlin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Bundesgeschäftsstelle
Herrn Michael Kellner
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin

Reinhardtstraße 52
10117 Berlin

Telefon: 030-259396-0
Telefax: 030-259396-25
info@steuerzahler.de
www.steuerzahler.de

Berlin, im November 2016
MW/GF

Wettbewerbsfeindlicher Rechtsrahmen belastet Privatwirtschaft und Steuerzahler

Sehr geehrter Herr Kellner,

in einer sozialen Marktwirtschaft brauchen wir einen Staat, der eine „Schiedsrichter-Funktion“ wahrnimmt und eine verlässliche Rahmenordnung für unternehmerische Tätigkeiten schafft. Diese Situation haben wir aber längst nicht mehr. In der Praxis ist der Staat nicht nur Schiedsrichter, sondern Mitspieler. Als Unternehmer agiert er zunehmend in Bereichen, in denen das gar nicht nötig ist.

Allein auf kommunaler Ebene hat sich die Anzahl der öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen in den letzten zehn Jahren um 25 Prozent auf über 13.500 erhöht – Tendenz steigend. Aber auch auf Ebene des Bundes und der Länder gibt es knapp 2.000 Unternehmen, die nichts mehr mit der sogenannten „Daseinsvorsorge“ zu tun haben und mit der Privatwirtschaft um Marktanteile konkurrieren.

Eine wesentliche Ursache sehen wir in der Rahmengesetzgebung. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Gesetze verabschiedet und Novellen angestoßen, die die Spielregeln des freien Wettbewerbs aushebeln und die Grenzen staatlicher Wirtschaftstätigkeit zu Lasten der Privatwirtschaft verschoben haben. Dabei sind viele öffentliche Unternehmen wirtschaftlich nicht rentabel und werden jahrelang mit Hilfe von Steuergeld künstlich am Leben gehalten. Leidtragende sind dann die Steuer- und Gebührenzahler.



BDWi
Bundesverband der
Dienstleistungswirtschaft



BDSV
Bundesvereinigung Deutscher Stahlrecycling-
und Entsorgungsunternehmen e.V.



BDE
Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-,
Wasser- und Rohstoffwirtschaft e.V.,
Wirtschafts- und Arbeitgeberverband



BdB
Bund deutscher
Baumschulen e.V.

Mit unserem Empfehlungskatalog ist der Appell verbunden, dass Sie sich in Ihrem Wahlprogramm zu fairen Wettbewerbsbedingungen bekennen und der Entgrenzung staatlicher Betätigungen eine klare Absage erteilen. Lassen Sie uns wieder zu mehr sozialer Marktwirtschaft zurückkehren!

Für Nachfragen stehen wir gern zu Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Burgard
Geschäftsführer des Bundes
Getränkeverpackungen der Zukunft GbR



Dr. Rainer Cosson
Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung
Deutscher Stahlrecycling- und
Entsorgungsunternehmen e. V.

Marie-Luise Dött
Bundesvorsitzende des Bundes Katholischer
Unternehmer e. V.



Marcus Guhl
Hauptgeschäftsführer des Bundes deutscher
Baumschulen e. V.



Michael H. Heinz
Präsident des Bundesverbandes der
Dienstleistungswirtschaft e. V.



Carsten Henselek
Vizepräsident des Bundesverbandes Garten-,
Landschafts- und Sportplatzbau e. V.



Reiner Holznagel
Präsident des Bundes der Steuerzahler
Deutschland e. V.



Peter Kurth
Präsident des Bundesverbandes der
Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und
Rohstoffwirtschaft e. V.



Eric Rehbock
Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes
Sekundärrohstoffe und Entsorgung e. V.

Anlage: „Maßnahmen zur Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand“





Bund der Steuerzahler Deutschland e. V. * Reinhardtstraße 52 * 10117 Berlin

DIE LINKE
Leiterin der Bundesgeschäftsstelle
Claudia Gohde
Kleine Alexanderstraße 28
10178 Berlin

Reinhardtstraße 52
10117 Berlin

Telefon: 030-259396-0
Telefax: 030-259396-25
info@steuerzahler.de
www.steuerzahler.de

Berlin, im November 2016
MW/GF

Wettbewerbsfeindlicher Rechtsrahmen belastet Privatwirtschaft und Steuerzahler

Sehr geehrte Frau Gohde,

in einer sozialen Marktwirtschaft brauchen wir einen Staat, der eine „Schiedsrichter-Funktion“ wahrnimmt und eine verlässliche Rahmenordnung für unternehmerische Tätigkeiten schafft. Diese Situation haben wir aber längst nicht mehr. In der Praxis ist der Staat nicht nur Schiedsrichter, sondern Mitspieler. Als Unternehmer agiert er zunehmend in Bereichen, in denen das gar nicht nötig ist.

Allein auf kommunaler Ebene hat sich die Anzahl der öffentlichen Unternehmen und Einrichtungen in den letzten zehn Jahren um 25 Prozent auf über 13.500 erhöht – Tendenz steigend. Aber auch auf Ebene des Bundes und der Länder gibt es knapp 2.000 Unternehmen, die nichts mehr mit der sogenannten „Daseinsvorsorge“ zu tun haben und mit der Privatwirtschaft um Marktanteile konkurrieren.


Eine wesentliche Ursache sehen wir in der Rahmengesetzgebung. In den vergangenen Jahren wurden zahlreiche Gesetze verabschiedet und Novellen angestoßen, die die Spielregeln des freien Wettbewerbs aushebeln und die Grenzen staatlicher Wirtschaftstätigkeit zu Lasten der Privatwirtschaft verschoben haben. Dabei sind viele öffentliche Unternehmen wirtschaftlich nicht rentabel und werden jahrelang mit Hilfe von Steuergeld künstlich am Leben gehalten. Leidtragende sind dann die Steuer- und Gebührenzahler.




Mit unserem Empfehlungskatalog ist der Appell verbunden, dass Sie sich in Ihrem Wahlprogramm zu fairen Wettbewerbsbedingungen bekennen und der Entgrenzung staatlicher Betätigungen eine klare Absage erteilen. Lassen Sie uns wieder zu mehr sozialer Marktwirtschaft zurückkehren!

Für Nachfragen stehen wir gern zu Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



Wolfgang Burgard
Geschäftsführer des Bundes
Getränkeverpackungen der Zukunft GbR



Dr. Rainer Cosson
Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung
Deutscher Stahlrecycling- und
Entsorgungsunternehmen e. V.



Marie-Luise Dött
Bundesvorsitzende des Bundes Katholischer
Unternehmer e. V.



Marcus Guhl
Hauptgeschäftsführer des Bundes deutscher
Baumschulen e. V.



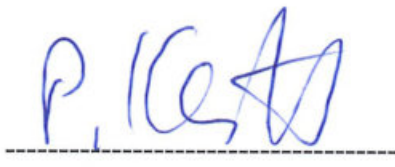
Michael H. Heinz
Präsident des Bundesverbandes der
Dienstleistungswirtschaft e. V.



Carsten Henselek
Vizepräsident des Bundesverbandes Garten-,
Landschafts- und Sportplatzbau e. V.



Reiner Holznagel
Präsident des Bundes der Steuerzahler
Deutschland e. V.



Peter Kurth
Präsident des Bundesverbandes der
Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und
Rohstoffwirtschaft e. V.



Eric Rehbock
Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes
Sekundärrohstoffe und Entsorgung e. V.

Anlage: „Maßnahmen zur Begrenzung der wirtschaftlichen Betätigung der öffentlichen Hand“

